

Pauschale Beihilfe für Beamte – was ist zu beachten?

Lehrer, Polizisten, Behördenmitarbeiter – sie und weitere Berufsgruppen erhalten als Beamte mit der sogenannten Beihilfe von ihrem Arbeitgeber einen Zuschuss für die Kosten der Krankenversicherung. Bislang war dieser Zuschuss vor allem für Privatversicherte lukrativ, nun lohnt er sich in einigen Bundesländern auch für gesetzlich Versicherte. Wir beantworten die wichtigsten Fragen zur pauschalen Beihilfe und unterstützen bei der Auswahl einer geeigneten Krankenversicherung.



© Jacob Lund - Fotolia.com

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

1. Beamte in Hamburg sowie Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen können von

ihrem Dienstherrn statt der individuellen Beihilfe für die private Krankenversicherung auch eine pauschale Beihilfe für die gesetzliche Krankenversicherung erhalten („Hamburger Modell“). Die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen prüfen, das „Hamburger Modell“ ebenfalls einzuführen.

2. Die gesetzliche Krankenversicherung ist insbesondere für Beamte mit Teilzeitstellen, Familie oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen oft günstiger.
3. Mit einem Wechsel zu einem Arbeitgeber in ein Bundesland, in dem es das „Hamburger Modell“ bislang nicht gibt, müssen Beamte noch auf die pauschale Beihilfe verzichten und selbst für ihren Versicherungsschutz aufkommen. Das scheint sich jedoch immer mehr zu ändern.

Stand: 11.04.2019

Seit Anfang August 2018 können Hamburger Beamte, etwa Lehrerinnen und Lehrer, statt einer individuellen Beihilfe für die private Krankenversicherung eine pauschale Beihilfe zur gesetzlichen Krankenversicherung für den Krankheitsfall beantragen. Schon mehr als 1.300 Beamte haben diese Variante seit Einführung gewählt.

Weitere Bundesländer sind dem „Hamburger Modell“ bereits gefolgt und bieten es als Wahloption an: Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen. Etliche weitere Länder, darunter Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, befassen sich mit dem Thema und könnten bald ebenfalls mitziehen.

Die neue Regelung macht die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) für Beamte attraktiver. Betroffene können jetzt abwägen, welche Beihilferegulung besser zu den eigenen Lebensplänen passt.

Pauschale Beihilfe für viele Beamte sinnvoll

Sinnvoll ist das neue Beihilfemodell in Kombination mit der gesetzlichen Krankenversicherung bisher vor allem für Menschen mit Teilzeitstellen, Familie oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Warum?

Die Beiträge für die GKV sind gehaltsabhängig, sodass Beamte mit geringerem Einkommen oft weniger zahlen als in der privaten Krankenversicherung (PKV), die das Gehalt außen vor lässt. Zudem sind Kinder über die Familienversicherung kostenfrei mitversichert. Bei der PKV müssen Versicherte für den Nachwuchs extra zahlen. Darüber hinaus entfallen hohe Risikozuschläge, die private Versicherer verlangen, wenn bei der Einstufung in einen Tarif bereits eine Vorerkrankung vorliegt. Ein weiterer Pluspunkt: Gesetzlich versicherte Beamte sparen sich die Abrechnung jeder Arztrechnung mit zwei verschiedenen Erstattungsstellen (Krankenversicherung und Arbeitgeber).

GUT ZU WISSEN

Die Beihilfe ist eine finanzielle Unterstützung in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen für deutsche Beamte. Bisher bekamen Beamte eine individuelle Beihilfe, deren Leistung sie mit speziellen Tarifen in der privaten Krankenversicherung aufstocken mussten. Wenn sie als freiwillige Mitglieder in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert waren, erhielten sie keinen Arbeitgeberzuschuss und mussten den gesamten Beitrag für die Krankenkasse allein zahlen

Nachteile bei Umzug in Bundesland, das nicht mitmacht

Die Wahl der pauschalen Beihilfe ist unwiderruflich und bisher nur für die Bundesländer Hamburg, Berlin, Brandenburg, Bremen und Thüringen gültig. Diese Insellösung wird dann zum Problem, wenn Beamte, die sich dafür entschieden haben, aus einem dieser Länder in einem anderen Bundesland, das keine pauschale Beihilfe anbietet, arbeiten möchten. Sie können dann nämlich nicht zur bundesweit geltenden individuellen Beihilferegelung zurückkehren. Sie müssen die vollen Kosten für ihre Krankenversicherung zahlen und verlieren gleichzeitig den Anspruch auf Erstattung zusätzlicher Leistungen wie Zahnersatz. Personen mit einer privaten Krankenversicherung müssen ohne Unterstützung ihres Dienstherrn zu 100 Prozent für einen teuren Volltarif aufkommen.

Wir meinen: Die Beschränkung auf fünf Bundesländer ist noch ein Manko dieser ansonsten sehr sinnvollen Regelung. Die pauschale Beihilfe muss es so bald wie möglich in allen Bundesländern geben!

UNSER ANGEBOT

Wenn Sie Beamter oder Beamtin sind, so müssen Sie spätestens drei Monate nach Ihrer Verbeamtung eine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere Beihilfemodell treffen. Sind die Würfel einmal gefallen, gibt es keinen Weg zurück.

Wir unterstützen Sie bei der Entscheidungsfindung, beraten zur Wahl der privaten oder gesetzlichen Krankenversicherung, zur Voll- oder Zusatzversicherung. Vereinbaren Sie einfach einen Termin für ein persönliches Beratungsgespräch (siehe unten).

© Verbraucherzentrale Hamburg e. V.

<https://www.vzhh.de/themen/gesundheitspatientenschutz/krankenversicherung/pauschale-beihilfe-fuer-beamte-was-ist-zu-beachten>